

PRESSEINFORMATION 36/2021

Neue starke Stimme aus Baden-Württemberg in Berlin

Marjoke Breuning in den geschäftsführenden Vorstand des DIHK als neue DIHK-Vizepräsidentin gewählt

Stuttgart, 24. März 2021 – Die baden-württembergische Wirtschaft hat neue starke Stimme in Berlin. In der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) wurde Marjoke Breuning, Vizepräsidentin des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK) und Präsidentin der IHK Region Stuttgart in den geschäftsführenden Vorstand gewählt – als DIHK-Vizepräsidentin. Die Amtszeit des neuen Präsidiums beträgt vier Jahre. Der geschäftsführende Vorstand entscheidet über die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des DIHK. Ihm gehört aus Baden-Württemberg neben jetzt Marjoke Breuning auch BWIHK-Präsident Wolfgang Grenke in seiner Funktion als Vizepräsident der europäischen Kammerorganisation ‚Eurochambres‘ an, der als deutscher Vertreter der Kammerorganisation in Brüssel ständiger Gast ist.

Dazu Breuning: „Die Südwestwirtschaft nicht nur gegenüber der Landesregierung sondern auch in Berlin zu vertreten, gibt mir eine Extra-Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit in der IHK-Organisation. Baden-Württemberg gehört zu den großen drei Bundesländern, wenn es um den wirtschaftlichen Beitrag in Deutschland geht. Entsprechend brauchen unsere Unternehmen eine starke Stimme, um im ‚Konzert der Länderinteressen‘ auch innerhalb der gesamtdeutschen IHK-Welt angemessen gehört zu werden. Dazu trage ich nun gerne meinen Teil bei.“

Der geschäftsführende Vorstand des DIHK wird damit nach über elf Jahren wieder per vollem Wahlsitz aus BW und dazu erstmals mit einer Unternehmerin besetzt, die ihr Wissen über die Chancen und Herausforderungen aus ihrem Betriebsalltag unmittelbar in die IHK-Dachorganisation in Berlin einbringen will. „Als eines der wenigen inhabergeführten Einzelhandelsgeschäfte in Stuttgart haben wir Höhen und Tiefen erlebt – aber nichts, was dieser Corona-Pandemie gleichkommt“, so Breuning. „Der Kampf gegen fortwährende Verluste an unternehmerischer Substanz in vielen Branchen und für echte Geschäftsperspektiven kann nur gewonnen werden, wenn wir schnell nachhaltige und verlässliche Geschäftsmöglichkeiten entwickeln. Der IHK-Verbund ist eine starke Organisation, die politisches Gewicht hat. Die mit konkreten Maßnahmen helfen und gestalten will. Der DIHK sitzt an der Schnittstelle zur Bundespolitik, kann hier viel bewegen und anschieben. Deshalb werde ich mich bei der

strategischen Ausrichtung des DIHK besonders für konkrete Ansätze stark machen, die im Sinne von Best-Practice direkt im und für unseren inhabergeführten Mittelstand wirken können. Es geht jetzt darum, dass wir Maßnahmen mit entwickeln, die die Pandemie bestmöglich abfedern und neue Perspektiven für die Breite der Wirtschaft und alle Branchen eröffnen. Baden-Württemberg lebt von seiner Vielfalt an Betrieben und Angeboten, die ich mit aller Macht erhalten und stärken möchte – in der Fläche genauso wie in den Innenstädten.“

Als Nachfolger von Harald Unkelbach wurde BWIHK-Vizepräsident Christian O. Erbe, der auch Präsident der IHK Reutlingen ist, in den Vorstand des DIHK gewählt. Der DIHK-Vorstand berät den DIHK-Präsidenten und verantwortet die wirtschaftspolitischen Positionen des DIHK. Baden-Württemberg hat hier drei Sitze, die satzungsgemäß vom BWIHK-Präsidenten, der Präsidentin der IHK Region Stuttgart sowie einer weiteren Person besetzt werden. Die dritte Person wird alle zwei Jahre neu bestimmt.

Diese und weitere Presseinformationen unter www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIHK | Kommunikation
Tobias Tabor
Telefon 0711 225500-64
E-Mail: tobias.tabor@bw.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.